

Niederschrift

der X/20. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 15. Dezember 2022
Sitzungsbeginn: 18:35 Uhr
Sitzungsende: 19:43 Uhr
Sitzungsort: Großer Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Hans-Georg Bette
Markus Bette
Horst Broeske
Ulrich Cater
Dr. Thorsten Conze
Dieter Eickelmann
Rudolf Ewers
Michael Franke
Hartmut Fust
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Alexander Gödeke
Hubertus Guntermann
Marco Guntermann
Hubertus Heuel
Katja Lutter
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Luca Putzu
Hannah Roßwinkel
Heinz-Josef Rötz
Bernd Schrewe
Andreas Schulte
Günter Schütte
Hubert Stratmann
Daniel Sztul
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs
Dietmar Weber
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
 Stadtverwaltungsrat Andreas Plett
 Stadtratsrat Markus Risse

Schriftführer

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Matthias Albers
 Angela Degner
 Michael Eiloff
 Maike Ochsenfeld
 René Rinke
 Dr. Matthias Schütte

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung war in der Einladung aufgeführt.

Herr König trägt vor, dass er mit Schreiben vom 14.12.2022 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um

TOP 7 Warnung der Bevölkerung; Aufbau weiterer Sirenenanlagen - Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel Vorlage X/591

zu ergänzen. Die nachfolgenden Punkte würden sich entsprechend verschieben. Die dazugehörige Vorlage X/591 sowie ein Nachtragspaket sind gestern im Ratsinformationssystem bereitgestellt worden.

Bedenken gegen die Ergänzung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2.	Wahl eines Beigeordneten	X/583
3.	Beschlussfassungen über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2021	X/562
4.	Beitritt der Stadt Schmallingenberg zu d-NRW AöR	X/551
5.	Nutzungsänderung der ehem. Grundschule Dorlar - Beschlussfassung über die Bereitstellung außerplanmäßiger Ausgaben	X/589

- | | | |
|-----|---|-------|
| 6. | Krisenmanagement: Anschaffung von Stromerzeugern und Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW | X/568 |
| 7. | Warnung der Bevölkerung; Aufbau weiterer Sirenenanlagen
- Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel | X/591 |
| 8. | Aktuelle Entwicklungen Flüchtlingssituation | |
| 9. | Artikelsatzung zur Änderung der Jugendamtssatzung | X/540 |
| 10. | Erlass von Nachträgen zu den Satzungen über Verwaltungsgebühren sowie über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg | X/569 |
| 11. | Änderung des Rezesses über die Umlegung der Grundstücke in der Feldmark Winkhausen vom 17.05.1934 - W 538 -; Satzungserlass | X/548 |
| 12. | Änderung des Flurbereinigungsplans der Flurbereinigung Oberkirchen vom 30.06.1954 - O.309 -; Satzungserlass | X/549 |
| 13. | Änderung des Flurbereinigungsplans der Flurbereinigung Felbecke vom 31.10.1963 - F151 -; Satzungserlass | X/550 |
| 14. | Nachbesetzung im Energie- und Klimabeirat | X/565 |
| 15. | Abschaffung der doppelten Straßennamen in der Stadt Schmallenberg
- Antrag der SPD-Ratsfraktion | X/570 |
| 16. | Herstellung der Öffentlichkeit im Energie- und Klimabeirat
- Antrag SPD-Ratsfraktion | X/571 |
| 17. | Beteiligung an einer Energieerzeugungsgesellschaft
- Antrag SPD-Ratsfraktion | X/572 |
| 18. | Änderung der Gestaltungssatzung Historischer Ortskern Bad Fredeburg sowie einheitliche Überarbeitung und Änderung sämtlicher Gestaltungssatzungen im Stadtgebiet Schmallenberg
- Antrag der BFS-Ratsfraktion | X/582 |
| 19. | Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand | X/566 |
| 20. | Verschiedenes | |

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | |
|----|---------------|
| 1. | Verschiedenes |
|----|---------------|

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

TOP 2 Wahl eines Beigeordneten

X/583

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr König erläutert das bisherige Auswahlverfahren und führt aus, dass der Rat in seiner letzten Sitzung Herrn Andreas Plett als einzig verbliebenen Kandidaten für die Wahl des Beigeordneten nominiert habe.

Herr Plett stellt sich sodann kurz persönlich vor und erläutert seinen bisherigen beruflichen Werdegang. Seit zwei Jahren übe er die Funktion des Kämmerers aus und sei Mitglied des Verwaltungsvorstandes. Er betont, dass er gerne bei der Stadt Schmallenberg arbeite und die Arbeit auch in und mit den Gremien schätzen gelernt habe. Ein Grund sei auch, dass durch die finanziellen Rahmenbedingungen gute Ausgangsbedingungen vorhanden seien. Er würde sich freuen, die weitere Entwicklung der Stadt Schmallenberg zusammen mit den politischen Gremien mitgestalten zu können.

Im Anschluss an die Vorstellung besteht Gelegenheit zu Fragen an Herrn Plett.

Herr Meyer fragt, wo Herr Plett Akzente sehe, wo er was im Gegensatz zu heute ändern und was er voranbringen möchte.

Herr Plett führt aus, dass zum Geschäftsbereich des Beigeordneten die Finanzabteilung, das Amt für Bildung, Kultur und Sport, das Sozialamt mit dem Jobcenter und das Jugendamt gehören werde. Er glaube, dass aufgrund der aktuell schwierigen Situation ein Schwerpunkt im Bereich Sozialamt mit dem Thema Flüchtlinge sein werde. Die Integration der Flüchtlinge betreffe auch die Bereiche Schule und Jugend. Den bisher gut aufgestellten Kulturbereich gelte es, weiter zu entwickeln.

Herr Eickelmann stellt dar, dass er davon ausgehe, dass Herr Plett als Kämmerer schon gut ausgelastet sei. Nun sei vorgesehen, dass er weitere Bereiche übernehme. Er fragt nach der organisatorischen Umsetzung und wie die Organisation künftig aussehen werde, wenn so große Bereiche noch dazukommen.

Herr König erklärt, dass die Frage nach der Organisation in erster Linie eine an den Rat sei, da dieser den Geschäftskreis des Beigeordneten festlege. Zum weiteren sei dies eine Frage an ihn als Bürgermeister. Er teilt mit, dass vorgesehen sei, die Stelle der/des Leiterin/Leiters der Finanzabteilung neu auszuschreiben und neu zu besetzen.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

Zur Beschlussfassung verlässt Herr Plett den Sitzungssaal.

Da niemand geheime Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln beantragt, stellt Herr König die Wahl bzw. die Beschlüsse einzeln offen zur Abstimmung.

1. Die Stadtvertretung wählt gem. § 71 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 15 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg Herrn Andreas Plett, Beisinghausen 2c, 59889 Eslohe mit Wirkung vom 01.01.2023 für die Dauer von acht Jahren einstimmig zum Beigeordneten für die Stadt Schmallenberg. Herr Plett wird vorbehaltlich der Bestätigung der Wahl durch die Kommunalaufsichtsbehörde

mit Wirkung vom 01.01.2023 für die Dauer von acht Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen und zum weiteren Beigeordneten der Stadt Schmallenberg ernannt.

2. Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Geschäftskreis des Beigeordneten wie folgt festzulegen:

- Finanzabteilung
- Amt für Bildung, Kultur und Sport
- Sozialamt/Jobcenter
- Jugendamt

Zudem wird Herr Plett das Amt des Kämmerers der Stadt Schmallenberg weiter ausführen.

3. Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, Herrn Plett wird mit Wirkung vom 01.01.2023 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 einzuweisen.

Bürgermeister König hat an der Beschlussfassung zu 2. (Festlegung des Geschäftskreises des Beigeordneten) gem. § 73 Abs. 1 GO NRW nicht mitgestimmt.

Nachdem Herr Plett den Sitzungssaal wieder betreten hat, informiert Herr König ihn, dass der Rat ihn zum Beigeordneten der Stadt Schmallenberg gewählt hat, gratuliert ihm und fragt ihn, ob er die Wahl annimmt.

Herr Plett bedankt sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen und freut sich auf die Zusammenarbeit in den nächsten acht Jahren. Er erklärt, dass er die Wahl gerne annehmen werde.

TOP 3 Beschlussfassungen über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2021 X/562

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage, der der Beteiligungsbericht beigelegt ist, dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Plett trägt ergänzend zur Beteiligung an der Skigebiet Bödefeld-Hunau-Lift GmbH & Co. KG unter Ziffer 3.2 "Beteiligungsstruktur" folgende Zahlen vor, die in die Endfassung des Beteiligungsberichts eingehen werden:

Höhe des Stammkapitals: 384.211,70 €
 Anteil der Stadt am Stammkapital: 10.371,03 € = 2,6993 %
 Jahresergebnis 2021: -133.894,90 €

Herr Eickelmann ist verwundert, dass die größte und wichtigste Beteiligung der Stadt Schmallenberg an der Sparkasse "Mitten im Sauerland" nicht im Beteiligungsbericht aufgeführt sei.

Herr König erläutert, dass diese Frage bereits bei Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) vor einigen Jahren eine längere Diskussion ausgelöst habe. Der Gesetzgeber habe dann entschieden, dass die Beteiligung an einer Sparkasse eine Sonderbeteiligung sei und deshalb werde sie im Beteiligungsbericht nicht aufgeführt. Dies sei so in der Gemeindeordnung geregelt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht für das Jahr 2021 und stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2021 fest.

TOP 4 Beitritt der Stadt Schmallenberg zu d-NRW AöR X/551

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den Beitritt der Stadt Schmallenberg zur d-NRW AöR.

**TOP 5 Nutzungsänderung der ehem. Grundschule Dorlar
- Beschlussfassung über die Bereitstellung außerplanmäßiger
Ausgaben X/589**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Für die Maßnahme "Umnutzung des ehem. Grundschulgebäudes in Dorlar" werden weitere außerplanmäßige Mittel in Höhe von 45.000 € bereitgestellt.

**TOP 6 Krisenmanagement: Anschaffung von Stromerzeugern und Bereit-
stellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO
NRW X/568**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung Schmallenberg genehmigt die von Bürgermeister Burkhard König und Ratsmitglied Stefan Wiese gem. § 60 Abs. 1 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung vom 26.10.2022.

**TOP 7 Warnung der Bevölkerung; Aufbau weiterer Sirenenanlagen
- Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel X/591**

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung neu in die Tagesordnung aufgenommen.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn König kurz erläutert. Auf Nachfrage von Herr Broeske teilt Herr König mit, dass aufgrund der Kostensteigerungen leider nicht die Bundesförderung steige.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung stimmt der Bereitstellung überplanmäßiger Ausgabe für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 77.000 € für den Aufbau von Sirenenanlagen in den Stadtteilen Holthausen, Werpe, Westernbödefeld, Westfeld, Winkhausen und Wormbach zu.

TOP 8 Aktuelle Entwicklungen Flüchtlingssituation

Herr König informiert, dass er vor zwei Wochen den Hinweis der Bezirksregierung erhalten habe, dass das Land im Hotel Sauerland Alpin in Grafschaft eine zentrale Unterbringungseinheit für Flüchtlinge einrichten möchte. Laut Bezirksregierung seien die Verhandlungen mit dem Eigentümer zur Vereinbarung eines Pachtvertrages sehr weit fortgeschritten gewesen. Ziel sei gewesen, dort 360 Soll-Plätze einzurichten. Hintergrund sei, dass auch das Land im Rahmen der Lastenverteilung aufgefordert sei, seine Plätze für Flüchtlinge auszubauen. Daraufhin habe es intensive Gespräche, auch mit dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses Grafschaft, Herrn Schrewe, gegeben. Der Eindruck sei gewesen, dass die Zahl der Flüchtlingsplätze von 360 in einem deutlichen Missverhältnis zur Einwohnerzahl Grafschafts stehe. Am Freitag der letzten Woche habe ihn dann der Anruf erreicht, dass die Bezirksregierung von dem Vorhaben absehen werde. Dies habe er den Ratsmitgliedern per E-Mail mitgeteilt.

Herr König berichtet weiter, dass die Verwaltung zurzeit dabei sei, die erworbenen und angemieteten Gebäude in Bad Fredeburg und Bödefeld mit Flüchtlingen zu belegen. Aktuell werden 44 Flüchtlinge aus verschiedenen Herkunftsländern, z. B. auch aus Afghanistan und Aserbaidshan, zugewiesen, die dort untergebracht werden.

TOP 9 Artikelsatzung zur Änderung der Jugendamtssatzung X/540

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage X/540 angefügten Satzungsentwurf der Artikelsatzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt.

**TOP 10 Erlass von Nachträgen zu den Satzungen über Verwaltungsgebühren
sowie über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen
der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg** **X/569**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Weber führt aus, dass in den letzten Tagen die Übergangsregelung zur Anwendung des § 2b UStG um weitere zwei Jahre verlängert worden sei. Deshalb schlage er vor, auch die beiden Satzungen der Stadt Schmallenberg weitere zwei Jahre so weiterlaufen zu lassen.

Herr Plett erläutert, dass sich die Verlängerung der Optionsfrist zu § 2b UStG kurzfristig entwickelt habe. Die Stadt Schmallenberg habe entschieden, die Option zu nutzen. Die Regelung sehe vor, dass eine Kommune, die von der Verlängerung der Optionsfrist aufgrund des Jahressteuergesetzes 2022 keinen Gebrauch machen möchte, die bisher geltende Optionserklärung aktiv widerrufen müsse. Er schlage dennoch vor, die beiden Satzungen zu beschließen, um vorsorglich eine Regelung für den Fall der Umsatzsteuerpflicht zu haben. Werde bis dahin keine Umsatzsteuer fällig, kommen die vorgeschlagenen Satzungsregelungen auch nicht zur Anwendung.

Herr König ergänzt, dass es sich um einen Vorratsbeschluss für die Anwendung des neuen Umsatzsteuerrechts in zwei Jahren handle.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig

**TOP 11 Änderung des Rezesses über die Umlegung der Grundstücke in der
Feldmark Winkhausen vom 17.05.1934 - W 538 -; Satzungserlass X/548**

Die Stadtvertretung beschließt, den der Vorlage beigefügten Entwurf der Satzung über die Änderung des Rezesses über die Umlegung der Grundstücke in der Feldmark Winkhausen vom 17.05.1934 - W 538 - als Satzung zu erlassen.

**TOP 12 Änderung des Flurbereinigungsplans der Flurbereinigung Oberkirchen
vom 30.06.1954 - O.309 -; Satzungserlass** **XI/549**

Die Stadtvertretung beschließt, den der Vorlage beigefügten Entwurf der Satzung über die Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Oberkirchen vom 30.06.1954 - O.309 - als Satzung zu erlassen.

**TOP 13 Änderung des Flurbereinigungsplans der Flurbereinigung Felbecke vom
31.10.1963 - F151 -; Satzungserlass** **XI/550**

Die Stadtvertretung beschließt, den der Vorlage beigefügten Entwurf der Satzung über die Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Felbecke vom 31.10.1963 - F.151 - als Satzung zu erlassen.

TOP 14 Nachbesetzung im Energie- und Klimabeirat X/565

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

rung gegeben, die komplette Satzungsüberarbeitung stehe noch aus. Die Verwaltung warte derzeit auf einen Satzungsentwurf, den die Kanzlei Wolter Hoppenberg nach rechtlicher Prüfung und unter Beteiligung des auswärtigen Architekten, Herrn Kraft, erarbeiten werde. Deshalb sei der Vorschlag der Verwaltung, den Fraktionsantrag in die Fraktionen und an die Gestaltungsbeiräte zu verweisen.

Herr Meyer moniert, dass es sich hier nicht um eine rechtliche, sondern um eine politische Angelegenheit handele. Die B'90/Die Grünen-Fraktion habe in ihrem Fraktionsantrag auf Regelungen der Stadt Soest verwiesen. Er stellt die Frage, warum ein Rechtsgutachten abgewartet werden solle.

Herr König stellt klar, dass die Satzung in vielen anderen Punkten in der rechtlichen Überprüfung sei und nicht die von den Fraktionen beantragten Änderungen. Die Verwaltung erwarte einen von der Anwaltskanzlei rechtlich geprüften Satzungsentwurf und in diesem Zuge könne man über die von den Fraktionen beantragten Änderungen diskutieren.

Herr Hans-Georg Bette legt dar, dass dies nun der 3. Fraktionsantrag zur Änderung der Gestaltungssatzungen sei. Er fragt zum Verfahren, ob die Anträge in der Gesamtheit behandelt werden.

Herr König bejaht dies.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag wird in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an die Gestaltungsbeiräte verwiesen.

TOP 19 Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand

X/566

Der aktuelle Sachstand des Fraktionsantrages ist in der Vorlage aufgeführt.

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand des Fraktionsantrages zur Kenntnis.

TOP 20 Verschiedenes

TOP 20.1 Bericht des Kämmerers über Erträge und Aufwendungen sowie über Einzahlungen und Auszahlungen bzw. die Aufnahme von Krediten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutz- suchenden aus der Ukraine

Herr Plett erläutert, dass nach § 6 der Kommunalhaushaltsrechtsanwendungsverordnung der Kämmerer dem Rat zum Ende eines jedes Quartals über Erträge und Aufwendungen sowie über Einzahlungen und Auszahlungen bzw. die Aufnahme von Krediten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine berichten soll. Aufgrund dessen informiert er, dass Kosten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Schutzsuchenden bei der Stadt Schmallenberg vornehmlich für Leistungszahlungen an die Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anfallen. Diese werden so lange gezahlt, bis die Personen Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch erhalten. Weitere Kosten entstehen z. B. für die Herrichtung oder Anmietung von Unterkünften für die Geflüchteten, für sonstige Sachkosten, Sprach- / Integrationskurse und Personal. Bis zum Stichtag 30.09. seien Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. 280.000 € erfasst worden. Diese setzen sich zusammen aus rd. 222.000 € für Leistungszahlungen an Geflüchtete einschl. Kosten für ärztliche

Versorgung sowie rd. 58.000 € für die Herrichtung und Anmietung von Unterkünften. Im IV. Quartal 2022 sowie für 2023 werde mit einem deutlichen Anstieg der Aufwendungen aufgrund höherer Zuweisungen gerechnet. In 2022 sowie 2023 werden zudem noch Investitionsauszahlungen für den Erwerb sowie die Herrichtung weiterer Flüchtlingsunterkünfte hinzukommen. Im Bau sei derzeit die Umnutzung der ehemaligen Grundschule in Dorlar. Der Erwerb und Bau bzw. die Anmietung von Unterkünften in Bad Fredeburg, Bödefeld und Fleckenberg seien vom Rat beschlossen worden.

Herr Plett berichtet weiter, dass aus finanziellen Hilfen des Bundes zur Bewältigung der Flüchtlingsbedingten Kosten den Kommunen in NRW bislang zwei Tranchen bewilligt worden seien. Auf Schmallenberg entfalle ein Gesamtbetrag von rd. 390.000 €. Die Frist zur Mittelverwendung sei bis zum 31.12.2023 verlängert worden. In der Ministerpräsidentenkonferenz am 02.11.2022 seien weitere finanzielle Hilfen für die Kommunen zugesagt worden. Nach einer ersten Proberechnung erhalte die Stadt Schmallenberg aus einer dritten Tranche einen weiteren Betrag in Höhe von 165.000 €.

TOP 20.2 Glasfaserausbau

Herr Dicke nimmt Bezug auf einen Beschluss des Technischen Ausschusses vom 20.09.2022, mit dem dieser der Unterzeichnung eines "Letter of Intent" mit GlasfaserPlus zugestimmt habe. Neben GlasfaserPlus plane nun auch die Glasfaser Direkt GmbH einen eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in der Stadt Schmallenberg. Das Unternehmen habe einen zeitnahen Ausbau in Schmallenberg, Bad Fredeburg, Grafschaft, Gleidorf, Oberkirchen und Wormbach sowie ggf. Dorlar zugesagt. Der Ausbau in den v. g. Orten solle in maximal zwei Jahren abgeschlossen. Die Glasfaser Direkt GmbH wolle dazu auch einen sog. "Letter of Intent" mit der Stadt Schmallenberg abschließen. Herr Dicke führt weiter aus, dass es, nach Prüfung durch die Verwaltung, möglich sei, mehrere Absichtserklärungen parallel abzuschließen. Da die Planungen der Glasfaser Direkt GmbH durchaus vielversprechend und überzeugend seien, werde vorgeschlagen, auch mit diesem Unternehmen eine entsprechende Erklärung abzuschließen.

Einwände gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben.

TOP 20.3 Kultur- und Bildungszentrum (KuBiz)

Herr Dicke informiert über den aktuellen Sachstand zum Teilnahme- und Planungswettbewerb des Kultur- und Bildungszentrums (KuBiz). Er teilt mit, dass die Vorbereitung des Wettbewerbs laufe; die Bekanntmachung im EU-Amtsblatt sei für Mitte Januar vorgesehen. Folgende Termine stehen bereits fest:

29.03.2023	Preisgerichtsvorbesprechung und Kolloquium
21.06.2023	Preisgericht
28.06.2023	Ausstellungs-Eröffnung mit Pressekonferenz

Herr Dicke informiert weiter, dass sich zur Terminierung des Preisgerichts ein Architekt noch nicht zurückgemeldet habe. Die Architektin Frau Grote als Fachpreisrichterin habe aus terminlichen Gründen abgesagt. Die Antworten der als Ersatz vorgesehenen Architekten stehen noch aus. Ebenfalls habe die Architektin Frau Burhoff als stellvertretende Fachpreisrichterin aus terminlichen Gründen abgesagt; als Ersatz habe Frau Thiemann als stellvertretende Fachpreisrichterin den Termin bestätigt.

Bedenken gegen die vorgetragenen Ersatzbestellungen für das Preisgericht werden nicht erhoben.

TOP 20.4 PV-Anlagen für städtische Immobilien

Herr Dicke teilt mit, dass die Verwaltung Förderanträge für PV-Anlagen mit Batteriespeichern auf den Gebäuden Bauhof, Schulzentrum Schmallenberg, Kindergärten Dorlar und Westfeld sowie Grundschule Bödefeld gestellt habe. Bei geschätzten Kosten von rd. 353.000 € werde mit einer 40%igen Förderung in Höhe von rd. 141.000 € gerechnet. Eigenmittel können über die Billigkeitsrichtlinie für kommunale Klimaschutzinvestitionen finanziert werden. Die Förderbescheide liegen inzwischen vor.

TOP 20.5 Anschaffung eines Stromerzeugers für den Bereich Wasserversorgung

Herr Dicke kündigt an, dass die Anschaffung eines Stromerzeugers für den Bereich Wasserversorgung erforderlich werde. Die Verwaltung würde dies im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung abwickeln, so dass der Stromerzeuger kurzfristig angeschafft werden könne.

TOP 20.6 Überwachung Geschwindigkeitsbegrenzung Gleidorf

Herr Weber merkt kritisch an, dass sofort ein paar Tage nach der Einrichtung eines Tempolimits von 50 km/h auf der B 511 außerhalb der geschlossenen Ortschaft bei Gleidorf im November dort zwei Mal geblitzt worden sei. Das empfinde er nicht als bürgerfreundlich.

Herr König gibt zu bedenken, dass die Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung Aufgabe des Kreises sei. Bei Gelegenheit werde er den Sachverhalt beim Landrat ansprechen. Jedoch gehe er davon aus, dass der Landrat sich aus dieser Frage heraushalten werde, da dies eine Angelegenheit der Polizei sei.

TOP 20.7 Änderung Flächennutzungsplan und Bebauungsplan zur Lagerplatzerweiterung Betonwerk Pieper, Dorlar

Herr Vollmer nimmt Bezug auf die Vorlagen X/199 und X/200 zur Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplans zur Lagerplatzerweiterung des Betonwerks Pieper, Dorlar, die im Mai 2021 im Technischen Ausschuss und in der Stadtvertretung beraten und dazu entsprechende Aufstellungsbeschlüsse gefasst worden seien. Er führt aus, dass das jetzt eineinhalb Jahre her sei und er heute vor Ort mit den Eigentümern des Betonwerks Pieper gesprochen habe mit dem Ergebnis, dass es nicht richtig voran gehe. Herr Vollmer möchte den aktuellen Sachstand wissen und warum das Verfahren so lange dauere bzw. was der Umsetzung entgegenstehe.

Herr Dicke erklärt, dass mehrere Gespräche mit den Eigentümern des Betonwerks Pieper geführt worden seien und auch bereits ein Schreiben an die Bezirksregierung geschickt worden sei. Dieses Schreiben konnte aber erst erstellt werden, nachdem die Unterlagen durch die Eigentümer des Betonwerks Pieper vorgelegt worden seien. Dies sei im September 2022 erfolgt. Für die nächste Woche sei ein Termin mit den Eigentümern des Betonwerks Pieper vereinbart worden. Generell sei es so, dass die Verwaltung ein bis zwei Jahre brauche, um Baurecht zu schaffen.

Herr Vollmer fragt, wie man das beschleunigen könne. Das Unternehmen wolle produzieren, habe aber nicht die geeignete Fläche, um Steine zu lagern. Er möchte wissen, was man tun könne, um schneller den benötigten Lagerplatz zu schaffen.

Herr König führt aus, dass für morgen ein Telefongespräch mit den Inhabern des Betonwerks Pieper vereinbart worden sei zur Frage, ob die Stadt mit Ausweichflächen behilflich sein

könne. Derzeit habe man kein Baurecht auf der Fläche, weil diese im Außen- und Überschwemmungsbereich liege. Ob die Beteiligungsverfahren der entsprechenden Behörden erfolgreich sein werden, sei nicht vorhersehbar. Jedoch sei für morgen vorgesehen, dass er sich mit den Inhabern des Betonwerks Pieper telefonisch unterhalten werde.